

A2 Grundwerte: Die Werte, die uns einen

Antragsteller*in: Georg Berner-Waindok (KV Wilhelmshaven)

Text

(1) Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit. Jeder Mensch ist einzigartig und frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Die universellen und unteilbaren Menschenrechte sind Anspruch und Maßstab unserer Politik.

(2) Die Werte, die unsere Politik tragen, sind Ökologie, Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Demokratie und Frieden. Dieses Fundament bildet für uns die Grundlage für eine solidarische Gesellschaft, in der sich die Freiheit der und des Einzelnen auch in der Achtung der Anderen als Gleiche sowie in ihrer Würde und Freiheit entfaltet.

(3) Diese Werte, die auf dem Prinzip der Menschenwürde beruhen, ergänzen sich nicht nur, sie stehen mitunter auch im Widerstreit. Werteorientierte Politik braucht also Gespräch und Streit, Gestaltung und Erneuerung. Nur ein geschlossenes Weltbild kennt keine Widersprüche. Eine demokratische Gesellschaft realisiert sich weder in Werte- oder Regellosigkeit noch in starren Dogmen, sondern indem das Verhältnis der Werte zueinander immer wieder konkret ausverhandelt wird. Das ist grundlegende Voraussetzung für die Legitimität von Politik.

(4) Politik gestaltet die Wirklichkeit im Heute für das Morgen und im Bewusstsein für das Gestern. Ohne Woher kein Wohin. Wir blicken nach vorne, im Wissen um die geglückten Erfahrungen und Katastrophen unserer Geschichte. Als Europäer*innen handeln wir im Bewusstsein einer Verantwortung für globale Gerechtigkeit auf Grundlage der Bürger- und Menschenrechte, wie sie sich in Deutschland im Grundgesetz manifestieren. Die Lehren aus den Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus sind uns Verpflichtung.

(5) Unsere Politik richtet sich an alle Menschen. Wir verstehen uns als Bündnispartei, die auf der Grundlage gemeinsamer Überzeugungen offen ist für unterschiedliche Erfahrungen, Vorstellungen und Ansätze. Sie orientiert sich nicht an der Summe einzelner Interessen oder einzelner Gruppen, sondern verbindet verschiedene Interessen zu einer gemeinsamen Vision für die Zukunft. Das kann anstrengend sein, aber nur so entsteht aus den vielen

64 verschiedenen
65 Erfahrungen und Ideen Neues.
66 (6) Jede Zeit hat ihre Aufgabe. Die Aufgabe unserer Zeit ist, eine krisenfeste
67 Gesellschaft
68 demokratisch zu gestalten. Dazu ist Wohlstand im Sinne von Klimaneutralität,
69 Vorsorge und
70 Gerechtigkeit neu zu definieren und die Politik darauf auszurichten. Um Krisen
71 zu meistern,
72 braucht es Zusammenhalt – in einer Gesellschaft, die allen Bürger*innen die
73 gleichen Rechte
74 und Möglichkeiten gewährt, die die Unterschiedlichkeit von Menschen und Regionen
75 als Stärke
76 und Wert begreift, die Minderheiten schützt und die Spannungen durch Respekt
77 ausgleicht. Wir
78 streben nach einem gemeinsamen Wir in einer vielfältigen Gesellschaft.

79 Ökologie

80 (7) Die Umwelt des Menschen zu schützen und zu erhalten ist Voraussetzung für
81 ein Leben in
82 Würde und Freiheit. Sauberes Wasser und saubere Luft, Artenvielfalt und
83 fruchtbare Böden
84 sind notwendige Bedingungen für unsere Entfaltungsfreiheit und Emanzipation.
85 Eine Politik,
86 welche die natürlichen Lebensgrundlagen schützt, erhält die Möglichkeit zur
87 Selbstbestimmung
88 für uns und künftige Generationen. Das 21. Jahrhundert ist das Zeitalter des
89 Anthropozän.
90 Darin ist der Mensch zum entscheidenden Einflussfaktor dafür geworden, wie sich
91 unsere Erde
92 verändert. Die Natur braucht uns nicht. Wir brauchen sie.
93 (8) Das Wissen um die planetaren Grenzen ist Leitlinie unserer Politik. Denn
94 wenn wir durch
95 unser Handeln die ökologischen Belastungsgrenzen in Bereichen wie Artenvielfalt,
96 Klimaerhitzung oder Meeresversauerung überschreiten, sind die Stabilität unseres
97 Ökosystems
98 und die Lebensgrundlagen der Menschen gefährdet. Es ist unsere Aufgabe, uns
99 durch
100 technologischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zum Wohle der
101 Menschen so
102 nachhaltig weiterzuentwickeln, dass wir unsere Lebensgrundlagen bewahren und den
103 Weg in die
104 ökologische Moderne einschlagen.
105 (9) Wir haben nur diese eine Erde, in ihrer Schönheit und natürlichen Vielfalt.
106 Menschen
107 sind nicht die einzigen Lebewesen, die fühlen. Daher ist es Pflicht für uns
108 Menschen, das
109 Wohl von Tieren und die gesamte lebendige Natur zu schützen.

110 (10) Eine intakte Umwelt ist Voraussetzung für Gesundheit. Der Erhalt unserer
111 natürlichen
112 Lebensgrundlagen und die Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise verhindern
113 massive
114 Gesundheitsschäden und schützen im Sinne der Vorsorge die Gesundheit zukünftiger
115 Generationen.

116 (11) Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Ziel einer nachhaltigen
117 Entwicklung
118 ist auch die ökologische Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Es ist unsere
119 Verpflichtung, ihnen faire Handlungsspielräume und Entscheidungsfreiheiten zu
120 ermöglichen.

121 (12) Die Klimakrise und Zerstörung unserer Lebensgrundlagen verschärft
122 bestehende
123 Ungleichheiten und trifft damit insbesondere Frauen. Ökologische Maßnahmen
124 müssen von Frauen
125 mitgestaltet werden. Nachhaltigkeit bedeutet auch Geschlechtergerechtigkeit.

126 (13) Unter der Zerstörung der Natur leiden diejenigen früher und am stärksten,
127 die dazu am
128 wenigsten beitragen und ihr am wenigsten entgehen können. Wo reiche Menschen
129 sich noch
130 teilweise anpassen können, spüren andere die Folgen mit brutaler Härte. Ökologie
131 und
132 Klimapolitik sind eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit. Jedoch können
133 ökologische
134 Maßnahmen in Widerspruch zu sozialen Interessen geraten. Daher muss ökologische
135 Politik
136 soziale Interessen immer miteinbeziehen.

137 (14) Wir denken Ökologie global. Ein Leben in Würde und Freiheit bedeutet ein
138 Recht aller
139 Menschen auf Selbstbestimmung und Teilhabe. Globale Umweltgerechtigkeit nimmt
140 die
141 historische Verantwortung der Industriestaaten für die Zerstörung der Umwelt in
142 den Blick.
143 Deshalb sind wir in der Pflicht, die ökologischen und sozialen Kosten unseres
144 Wirtschaftens
145 zu reduzieren, statt sie in andere Weltregionen zu verlagern, sowie diejenigen
146 zu
147 unterstützen, die schon heute stark von Umweltzerstörungen betroffen sind und
148 das in Zukunft
149 noch stärker sein werden.

150 (15) Eine nachhaltige Wirtschaftsweise schützt nicht nur Lebensgrundlagen,
151 sondern erhöht
152 auch Wohlstand und Lebensqualität. Das erfordert eine grundlegende
153 Dekarbonisierung unserer
154 Wirtschaft und unserer Lebensweise, für die in den kommenden Dekaden erhebliche
155 Investitionen notwendig sind.

156 (16) Der Weg in die ökologische Moderne sichert Demokratie und Selbstbestimmung
157 für heute

158 und für künftige Generationen. Sonst verlieren wir, was wir mit dem Klima
159 schützen: Freiheit
160 und Würde. Demokratische Verfahren bringen die Kreativität und den
161 gesellschaftlichen
162 Zusammenhalt hervor, die es zur Bewältigung der ökologischen Krisen braucht.

163 Gerechtigkeit

164 (17) Die Würde und Freiheit des Menschen werden in einer gerechten und
165 solidarischen
166 Gesellschaft verwirklicht. Solidarität schafft gesellschaftlichen Zusammenhalt.
167 Gerechtigkeit heißt für uns gleiche und größtmögliche Freiheit für alle. Sie ist
168 die
169 Grundlage für ein gutes Leben.

170 (18) Gerechtigkeit bedeutet mehr als ein Leben ohne Armut. Soziale Gerechtigkeit
171 braucht
172 einen starken Sozialstaat, der nicht nur materielle Sicherheit und Teilhabe
173 gewährleistet
174 und Menschen vor Armut schützt, sondern über starke öffentliche Räume und
175 Institutionen die
176 Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes, glückliches Leben schafft. Jeder hat
177 das Recht auf
178 materielle Sicherheit und soziale Teilhabe sowie ein Leben frei von
179 existenzieller Not.

180 (19) Eine gerechte Gesellschaft ermöglicht, gleichberechtigt am
181 gesellschaftlichen Leben
182 teilzunehmen. Das verlangt starke öffentliche Räume und Institutionen – gute
183 Schulen,
184 Schwimmbäder und Sportplätze, Bibliotheken und Theater, einen gut ausgebauten
185 öffentlichen
186 Nahverkehr, Internetversorgung für alle, gute gesundheitliche Versorgung und
187 gleichwertige
188 Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land. In Zeiten der
189 Individualisierung, in der
190 sich viele Menschen einsam fühlen, sind solche Orte von besonderer Bedeutung.

191 (20) Die Finanzierung einer starken Daseinsvorsorge ist öffentliche Aufgabe.

192 (21) Gute Bildung ist Voraussetzung für Gerechtigkeit. Wir brauchen ein
193 ganzheitliches und
194 am Menschen ausgerichtetes Bildungssystem. Das Vertrauen, dass wir die Zukunft
195 für uns und
196 die Generationen nach uns bewahren und gestalten können, ist ein notwendiger
197 Antrieb für
198 gesellschaftlichen Fortschritt.

199 (22) Eine Gesellschaft ist dann sozial, wenn ihr Wohlstand gerecht verteilt ist.
200 Unregulierter Kapitalismus produziert Ungleichheit und Machtkonzentration. Zu
201 große
202 Ungleichheit bedroht den Zusammenhalt der Gesellschaft und damit einen Pfeiler
203 der

204 Demokratie. Aufgabe von Politik ist es, durch Regulierung, Investitionen und
205 Steuern
206 Ungleichheit zu reduzieren und einen Ausgleich zu schaffen. Große Vermögen
207 bringen soziale
208 Verpflichtungen mit sich.

209 (23) Alle Menschen sollen unabhängig vom Geschlecht an der Gesellschaft
210 teilhaben können.
211 Gerechtigkeit bedeutet, dass bezahlte und unbezahlte Arbeit, Einkommen, Zugang
212 zu Bildung,
213 Eigentum und Zeit zwischen den Geschlechtern gerecht verteilt sind.

214 (24) Wirtschaft dient dem Menschen und nicht andersherum. Soziales und
215 ökologisches
216 Wirtschaften schafft Innovation und Fortschritt und trägt so zu einer gerechten
217 Gesellschaft
218 bei. Dafür braucht es gemeinsame Regeln, die fairen Wettbewerb ermöglichen und
219 die
220 Konzentration von Macht verhindern. Eine sozial-ökologische Marktwirtschaft
221 trägt dazu bei,
222 dass Menschen sich verwirklichen können, Informationen effektiv genutzt werden,
223 Wohlstand
224 zum Wohle aller entsteht und die Versorgung mit grundlegenden Gütern
225 gewährleistet ist.

226 (25) Um globale Gerechtigkeit zu ermöglichen, muss das Weltwirtschaftssystem ein
227 sozial-
228 ökologisches werden, das nach demokratischen Regeln organisiert ist und auf der
229 Grundlage
230 von Kooperation und Solidarität beruht.

231 Selbstbestimmung

232 (26) Menschen begegnen sich als Gleiche – in ihren Rechten und ihrer
233 Würde. Selbst über das
234 eigene Leben bestimmen zu können, macht die Würde und Freiheit eines Menschen
235 aus. Politik
236 hat die Aufgabe, die Freiheit und das Recht zur Selbstbestimmung zu schützen.
237 Sie erkennt
238 Unterschiede an und verhindert undemokratische und damit ungerechtfertigte
239 Herrschaft.
240 Voraussetzung für Selbstbestimmung, Freiheit und eine freie Entfaltung ist eine
241 Gesellschaft, in der weder der soziale Status, das Geschlecht oder die Herkunft
242 noch die
243 Religion oder äußere Merkmale noch das Alter oder die körperliche Verfassung
244 noch die
245 sexuelle Orientierung oder die sexuelle Identität einen Einfluss darauf haben,
246 wer
247 dazugehört und wer nicht. Freiheit muss gesellschaftlich aktiv ermöglicht
248 werden.

- 249 (27) Selbstbestimmtes Leben ist auf soziale, rechtliche, demokratische und
250 ökologische
251 Voraussetzungen angewiesen, sonst bleibt es das Privileg weniger. Freie
252 Entfaltung braucht
253 Sicherheit und Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Informationelle
254 Selbstbestimmung und
255 informationstechnische Sicherheit sind im digitalen Zeitalter zu garantieren.
- 256 (28) Selbstbestimmtes Leben setzt wirtschaftliche Freiheit voraus. Die Freiheit,
257 den Beruf
258 zu wählen, Verträge zu schließen und ein Gewerbe oder Unternehmen zu gründen,
259 gehört dazu.
260 Jede und jeder hat das Recht, in einer Gewerkschaft für gute Arbeitsbedingungen
261 und Löhne zu
262 kämpfen. Wirtschaftliche Freiheit gewährleistet Eigentumsfreiheit, die sozial
263 verpflichtet.
- 264 (29) In einer Welt, in der die Anforderungen an jede*n Einzelne*n steigen, in
265 der alle immer
266 schneller, anpassungsfähiger und immer besser sein müssen, darf es auch Schwäche
267 geben.
268 Jeder Mensch verdient Wertschätzung und Anerkennung für seine individuellen
269 Lebensentscheidungen, solange sie nicht zulasten Dritter gehen.
- 270 (30) Freiheit bedeutet Verantwortung für sich selbst und für andere. Sie fordert
271 Individuen
272 und Gesellschaft heraus. Sie verlangt uns allen etwas ab. Freiheit und
273 Selbstbestimmung
274 finden ihre Grenze dort, wo durch sie anderen Menschen und zukünftigen
275 Generationen Freiheit
276 und Selbstbestimmung genommen werden. Nur demokratische und rechtsstaatliche
277 Verfahren
278 können die Einschränkung von Freiheit und Selbstbestimmung legitimieren.
- 279 (31) Eine gleichberechtigte Gesellschaft ist eine, in der Frauen selbstbestimmt
280 über ihr
281 Leben und ihren Körper entscheiden können. Das setzt die Emanzipation von
282 Verhältnissen der
283 Unterdrückung und der Gewalt voraus. Wir stehen an der Seite von Frauen, die
284 global für ihr
285 Selbstbestimmungsrecht streiten.
- 286 (32) Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Sie haben eigene Rechte auf
287 Förderung ihrer
288 Entwicklung, auf Schutz, Teilhabe und Bildung. Selbstbestimmung ist nur möglich,
289 wenn allen
290 Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen gegeben werden.

291 Demokratie

- 292 (33) Demokratie heißt gleiche politische Freiheit für alle. Die Demokratie lebt
293 von
294 Voraussetzungen, die sie selbst nicht garantieren kann. Deshalb braucht sie

295 Demokratinnen
296 und Demokraten. Demokratie steht nie still. Sie entwickelt sich immer weiter.
297 Demokratie ist
298 die Staatsform, die zur Selbstkorrektur in der Lage ist.

299 (34) Demokratie ist mehr als die Herrschaft der Mehrheit, denn sie garantiert
300 den Schutz von
301 Menschen-, Freiheits- und Minderheitenrechten auf Grundlage eines liberalen
302 Rechtsstaates.
303 Sie braucht Bürger*innen, die sie aktiv verteidigen und ihr immer wieder neue
304 Kraft geben.
305 Das ist der beste Schutz gegen die Zerstörung von innen.

306 (35) In einer Demokratie eignen sich Menschen ihre Zukunft gemeinsam an und
307 verwandeln
308 äußeres Geschehen in gemeinsame Entscheidungen. Demokratie ist anstrengend. Sie
309 braucht
310 respektvollen Streit genauso wie den Kompromiss. Voraussetzung für die
311 gleichberechtigte
312 Teilhabe aller ist die politische Gleichheit der Menschen, die durch Bürger- und
313 Menschenrechte garantiert wird. Demokratie braucht Freiheit und ist sogleich an
314 soziale
315 Voraussetzungen und Solidarität gebunden.

316 (36) Gewaltenteilung und ein starker Rechtsstaat tragen eine demokratische
317 Gesellschaft. Der
318 Rechtsstaat verankert das Gewaltmonopol des Staates und hegt es ein.

319 (37) Wir stehen für eine inklusive, vielfältige Demokratie. In einer immer
320 diverser
321 werdenden Gesellschaft sehen wir die Aufgabe, Unterschiede anzuerkennen und
322 Gleichberechtigung zu schaffen. Demokratie ermöglicht ein gesellschaftliches
323 Wir, das nicht
324 in Partikularinteressen auseinanderfällt. Sie wird reicher durch den Respekt vor
325 verschiedenen Erfahrungen.

326 (38) Allen Geschlechtern kommt in der Demokratie gleiche Gestaltungs- und
327 Entscheidungsmacht
328 zu. Um Frauen an allen demokratischen Prozessen gleichberechtigt zu beteiligen,
329 braucht es
330 Parität sowie Lebensbedingungen, die allen ermöglichen, Erwerbsarbeit sowie
331 gesellschaftliche und politische Arbeit zu vereinbaren.

332 (39) Demokratie ist eine öffentliche Angelegenheit. Der demokratische
333 Meinungsstreit braucht
334 eine starke und lebendige Zivilgesellschaft, Engagement und Bürgerbeteiligung,
335 starke und
336 freie Medien sowie gute Bildungseinrichtungen. Für die offene Auseinandersetzung
337 nach klaren
338 Regeln braucht Demokratie immer wieder Innovationen und Parteien, in denen sich
339 Menschen
340 zusammenfinden, um Meinungen zu bündeln und sich mit Programmen und Haltungen
341 der
342 öffentlichen Debatte und der Entscheidung zu stellen.

343 (40) Demokratie ist darauf angewiesen, dass sich Menschen einmischen und
344 repräsentiert
345 sehen. Demokratie braucht Zugänge und auch direkte Beteiligung, um die
346 unterschiedlichen
347 Perspektiven und Positionen in den demokratischen Prozess einbringen zu können.

348 (41) Demokratie beruht auf nachvollziehbaren Entscheidungswegen und auf
349 Transparenz über
350 Einflussnahme – etwa durch Unternehmen, Lobbyismus oder andere Staaten. Ein zu
351 starker
352 Einfluss bestimmter Gruppen und ökonomischer Interessen untergräbt die
353 Eigenständigkeit und
354 Glaubwürdigkeit politischen Handelns und muss eingegrenzt werden.

355 (42) Der Schutz, die Förderung und die Gewährleistung der Menschenrechte sind
356 konstitutiv
357 für die Demokratie. Sie sind insbesondere in den Menschenrechtskonventionen der
358 Vereinten
359 Nationen, in der Europäischen Menschenrechtskonvention, in der Grundrechtecharta
360 der
361 Europäischen Union sowie im Grundgesetz verbindlich garantiert.

362 (43) Der Föderalismus in Deutschland ist eine Lehre aus dem düstersten Kapitel
363 unserer
364 Geschichte und verhindert zentralstaatliche Übergriffe auf die Bürgerrechte. Er
365 verpflichtet
366 zur Kooperation. Das Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen sichert
367 demokratische und
368 soziale Stabilität. Es stärkt vielfältige Regionen und sorgt für eine nahbare,
369 ansprechbare
370 Politik. Im Streben nach gleichwertigen Lebensverhältnissen tragen Bund und
371 Länder
372 gemeinsame Verantwortung.

373 (44) Die europäische Integration ist konstitutiv – sie zu einer Föderalen
374 Europäischen
375 Republik ökologisch, sozial und demokratisch weiterzuentwickeln ist
376 Voraussetzung und Teil
377 einer demokratischen Gestaltung globaler Fragen.

378 **Frieden**

379 (45) Gelebte Freiheit und garantierte Würde benötigen Frieden. Das Zusammenleben
380 der
381 Menschen fußt auf der Fähigkeit, Konflikte gewaltfrei und friedlich zu lösen und
382 die
383 Menschenrechte aller zu wahren. Wo Gewalt friedliche Politik verneint, können
384 Menschenrechte
385 und Gewaltfreiheit in Konflikt geraten. Wir setzen auf die Mittel der Politik,
386 die dem Geist
387 der Kooperation in globaler Verantwortung entsprechen.

388 (46) Würde, Freiheit und Gleichheit ergeben sich aus der Universalität und
389 Unteilbarkeit der
390 Menschenrechte. Die verbrieften Menschenrechte sind nicht verhandelbar – weder
391 gegenüber
392 machtpolitischen oder wirtschaftlichen Interessen noch gegenüber einem
393 kulturellen
394 Relativismus. Die Würde jedes Menschen ist unantastbar. Dies zu gewährleisten
395 ist
396 Verpflichtung nationaler und internationaler Politik. Wir tragen als
397 internationale
398 Gemeinschaft Verantwortung, gegen schwerste Menschenrechtsverletzungen und
399 Völkermord im
400 Rahmen der Vereinten Nationen vorzugehen.

401 (47) Gewaltfreiheit ist mehr als die Nichtanwendung von physischer Gewalt,
402 Frieden mehr als
403 die Abwesenheit von Krieg. Kooperation, Dialog, demokratischer Ausgleich von
404 Interessen und
405 die Stärke des Rechts, genauso Multilateralismus, internationale Partnerschaft
406 und
407 europäische Einigung sind der Weg, um globale Herausforderungen, vor denen die
408 Menschheit
409 als Ganzes steht, zu bewältigen.

410 (48) Frauenrechte sind Menschenrechte. Die Verwirklichung von Frauenrechten, der
411 Schutz vor
412 geschlechtsspezifischer Verfolgung und Diskriminierung sowie eine aktive
413 Mädchen- und
414 Frauenförderung in allen Bereichen sollen die internationale Politik leiten.

415 (49) Das vereinigte Europa ist ein einzigartiges Friedensprojekt. Gegen einen
416 autoritären
417 Nationalismus ist das Versprechen der europäischen Einigung auf Frieden,
418 Freiheit,
419 Solidarität und Stabilität wichtiger Anker multilateraler und
420 menschenrechtsorientierter
421 Politik in der Welt.

422 (50) Humanitäre Verantwortung und internationale Solidarität bestimmen unser
423 politisches
424 Handeln. Unser Ziel ist eine weltweite Ordnung mit internationalen
425 Institutionen. Sie soll
426 Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit sichern, Armut verringern, den
427 gleichberechtigten Zugang
428 zu globalen Gemeingütern ermöglichen, Demokratie fördern, die gleichberechtigte
429 Teilhabe von
430 Frauen und Minderheitengruppen garantieren und das Klima schützen, wie es in den
431 Zielen für
432 nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen vereinbart ist.

433 **Bündnispartei: Gemeinsam in Vielfalt**

434 (51) Als Bündnispartei einen uns die beschriebenen Grundwerte. Wir sind aus
435 verschiedenen
436 Wurzeln zusammengewachsen. Sie liegen in der Öko- und Anti-Atom-Bewegung, der
437 Frauen- und
438 Bürgerrechtsbewegung, der Lesben-, Schwulen-, Eine-Welt- und Friedensbewegung
439 sowie der
440 Freiheitsbewegung der friedlichen Revolution. Wir entwickeln uns seit vier
441 Jahrzehnten
442 stetig weiter – neue Menschen und neue Perspektiven kommen hinzu und geben
443 unseren Werten
444 und Zielen Kraft. Unsere Mitglieder und unsere Wähler*innen sind vielfältig. Die
445 Vielfalt
446 unserer Partei ist unsere Stärke.